



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

07.05.1997 - Drucksache 14/652

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 1997**Bremen - on line**

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat unter Drs. 14/621 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1)

Der Umgang mit Information wird in den nächsten Jahren die Gesellschaft wirtschaftlich und kulturell prägen. Die Verfügbarkeit von Wissen und die Nutzung von Informationen werden über die Entwicklung eines Standortes und die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und ihrer Wirtschaft entscheiden.

Die Verwirklichung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen der Informationsgesellschaft hängt stark davon ab, in welchem Ausmaß die Menschen lernen, die neuen Techniken im Beruf und als Verbraucher aktiv zu nutzen.

Dieser tiefgreifende Strukturwandel erfordert eine Mobilisierung der Region für die neuen Herausforderungen durch die Entwicklung einer Medienkompetenz nicht nur im Wirtschaftsbereich, sondern auch in allen anderen Gesellschaftsbereichen wie dem Bildungsbereich (Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung), der Kultur und der wissenschaftlichen Infrastruktur.

Die Ziele im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien lassen sich in drei Zielgruppen einteilen:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft (Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur und eines attraktiven Investitionsklimas, Ansiedlung leistungsfähiger Unternehmen, die neue Dienste anbieten oder neue Dienste nutzen),
- Qualifizierung für die Informationsgesellschaft
- Verbesserung der Dienstleistungen für die Bürger und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung

Insbesondere die wirtschaftliche Stärke eines Standortes hängt wesentlich davon ab, wie gut er erschlossen, d. h. an andere Standorte angeschlossen ist. Telekommunikation hat die Erschließungsfunktion von Straße und Schiene (Bremen und Bremerhaven rücken durch moderne Kommunikationsverbindungen näher zusammen). Sie ist im Wettbewerb der Regionen ein entscheidender Standortfaktor.

Die Fähigkeit, auf das in der Welt vorhandene, sehr rasch wachsende und sich verändernde Wissen zuzugreifen, ist Voraussetzung für die Entwicklung neuartiger Produkte und Dienstleistungen und für die Gestaltung von Produktionsabläufen. Sie beeinflusst zukünftig in weit stärkerem Maße die Standortentscheidungen von Unternehmen und schafft bzw. erhält damit Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft, mehr als alle anderen Produktionsfaktoren.

Die seit Jahren bestehende Strukturkrise industrieller Arbeitsplätze, die in Bremen aufgrund der Wirtschaftsstruktur seit Beginn der 80er Jahre spürbar ist, beschleunigt sich mit der Globalisierung der Produktion und dem Übergang zur

Informationsgesellschaft. Die neue Art der global verteilten Produktion gefährdet die regionale Standortbindung vor allem dort, wo die neuen Chancen dieser Produktionsweise nicht genutzt werden. Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und damit von zukünftigen Arbeitsplätzen erfordert eine breite Unterstützung der Ideen und Ansätze für eine Nutzung der neuen Technologien und Medien.

Bremen hat u. a. mit der Annahme der Stockholmer Herausforderung (Bange-mann-Challenge) signalisiert, daß es in der Konkurrenz der europäischen Regionen bestehen will. Die damit angestoßene Entwicklung bedarf aber in Bremen und Bremerhaven noch erheblicher Verstärkung, wenn sie die Dynamik erreichen soll, die für die Entwicklung zur Informationsgesellschaft erforderlich ist.

Mit dem neu in das Investitionssonderprogramm aufgenommenen Schwerpunkt unter dem Stichwort „Rückenwind für den Strukturwandel“ sollen Entwicklungen, die in Bremen in den letzten Jahren schon erfolgreich in Angriff genommen wurden (z. B. Telematik Plattform Bremen), verstärkt und weitere notwendige Entwicklungen angestoßen werden, die erkennbar die strukturellen Probleme beim Übergang in die Informationsgesellschaft schnell überwinden helfen. Dazu ist die Erarbeitung einer Programmstruktur durch eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe vorgesehen. Basis hierfür werden u. a. die Ergebnisse des Projektes BRISE (Bremer regionale Informationsgesellschafts-Strategie-Entwicklung, siehe auch Antwort zu Frage 3) sein.

Zu Frage 2)

Die Förderung der Kommunikations- und Informationstechnologien ist seit neun Jahren ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderungspolitik des Senators für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten.

Der Wirtschaftssenator hat die Förderung des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in der mittelständischen Wirtschaft bereits 1988 unter dem Begriff „Telematik“ zu einem Schwerpunkt mit Pilotprojekten entwickelt. Der Begriff „Telematik“ beinhaltet die Verbindung von Telekommunikation und Informatik.

Mit der Entwicklung moderner Netztechnologien haben Informations- und Kommunikationstechnologien insbesondere unter Anwendungsgesichtspunkten eine neue, strukturpolitisch bedeutende Dimension erreicht. Diese Entwicklung aufnehmend wurden vom Wirtschaftssenator unter Beteiligung der Wirtschaft und der Handelskammer Bremen zusätzlich zunächst zwei befristete Förderprogramme speziell für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt. Ein Programm bezieht sich auf den elektronischen Geschäftsverkehr (Electronic Data Interchange), das andere auf die Entwicklung von Multimedia-Anwendungen.

Mit der Entwicklung neuer Netz- und Schaltungstechnologien stellt sich für die regionale Innovationspolitik unter Strukturgesichtspunkten zusätzlich die Frage nach der Bereitstellung einer technischen Infrastruktur durch das Land, um den Entwicklungsunternehmen eine Testumgebung für die Entwicklung von Hard- und Softwarelösungen und Anwendungen zu bieten.

Aus diesem Grund hat der Wirtschaftssenator in Kooperation mit dem Senator für Häfen, überregionalen Verkehr und Außenhandel ein ATM-basiertes Landesbreitbandnetz eingerichtet, das aus Teilnetzen in Bremen und Bremerhaven sowie einer Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen beiden Städten besteht. Über das ATM-Entwicklungs- und Testnetz der Deutschen Telekom AG und das Breitband-Wissenschaftsnetz des Deutschen Forschungsnetz-Vereins ist das Landesbreitbandnetz in internationale Datennetze eingebunden.

Neben einigen Schlüsselunternehmen sind aus Mitteln der Wirtschaftsförderung bis jetzt alle Hochschuleinrichtungen in Bremen und Bremerhaven, das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum, der Technologiepark Universität Bremen mit dem Bremer Innovations- und Technologiezentrum sowie das Überseemuseum (Projekt: Museumsnetzwerk), der Bildungssenator (Projekt: Schulen ans Netz), die Volkshochschule Bremen (Qualifizierungsmaßnahmen) sowie die Stadtbibliothek an das Netz angebunden worden.

Die breite Anlage dieses Projektes Landesbreitbandnetz zeigt, welche Bedeutung der Wirtschaftssenator unter wirtschaftsstrukturpolitischen Gesichtspunkten den Informations- und Kommunikationstechnologien beimißt. Eine für alle Interessenten offene ATM-basierte Entwicklungs- und Testumgebung dieser Art ist bundesweit sonst nicht verfügbar. Mit dieser zunächst bis zum 31. 12. 1997 befristeten

Infrastrukturmaßnahme, deren Verlängerung um weitere drei Jahre geplant ist, verbindet sich schwerpunktmäßig auch die Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Qualifizierungsprojekten auf diesem Netz. Zur Zeit befinden sich elf Projekte aus Wirtschaft und Wissenschaft in der Förder- bzw. Entscheidungsphase. Weitere Projekte befinden sich in der Entwicklungsphase.

Zu Frage 3)

Sowohl die Initiative Bayerns (Bayern-Online) als auch die von NRW (Landesinitiative media NRW) verfolgen die regionale wirtschaftliche Stärkung durch Förderung der Informations- und Kommunikationstechniken.

Bayern sieht — wie Bremen — in der Informations- und Kommunikationstechnologie eine Schlüsselrolle für die Zukunft des Landes. Ziel der Initiative der Bayerischen Staatsregierung ist es, den Einsatz moderner Telekommunikationsmethoden in Bayern zu beschleunigen. Hierzu ist ein umfangreiches Konzept erarbeitet worden (Bayern Online). Es sieht vor, ein leistungsfähiges Landesnetz (Bayernnetz, BayNet) als Grundlage für die schnelle Einführung der neuen Kommunikationstechnologien einzurichten und diese Netzkapazitäten für anwendungsbezogene Pilotprojekte zur Verfügung zu stellen.

Das lediglich für die Datenübertragung vorgesehene Basisnetz soll jedermann offenstehen (FreeNet-Konzept). Der Zugang Dritter, d. h. insbesondere von privaten Haushalten sowie von kleinen und mittelständischen Unternehmen soll in der Pilotphase unentgeltlich erfolgen. Der Zugang z. B. zum Internet erfolgt über einen Anschlußknoten.

Das Volumen umfaßt 100 Mio. DM aus Sondermitteln (Privatisierungserlöse des Freistaates Bayern), unterstützt durch Haushaltsmittel. Insgesamt umfassen die Projekte ein Volumen von ca. 300 Mio. DM.

Ebenfalls wie bei der bayerischen Initiative dient die Landesinitiative media der Stärkung des Wirtschaftsstandortes NRW, u. a. durch

- aktive Gestaltung des Multimediemarktes,
- aktive Unterstützung bei der Vermarktung neuer multimedialer Technologien und Anwendungen in NRW,
- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Computer- und Kommunikationstechnik, Unterhaltungselektronik, Medien, Film und Fernsehen.

Die Landesinitiative media NRW unterstützt die Entwicklung, Produktion, Einführung und Verbreitung neuer Multimedia-Techniken und multimedialer Dienst- und Programmangebote in der Wirtschaft, in Privathaushalten und im öffentlichen Sektor. Die bestehenden infrastrukturellen Voraussetzungen sollen zur Verbreitung von Multimediaanwendungen wie Telelearning, Teleworking, Telemedizin, Teleshopping und Video on Demand genutzt werden.

Im Rahmen von Pilotprojekten werden auch private Haushalte an regionale Breitbandnetze angeschlossen. Zwischen den vernetzten Teilnehmern sollen alle wirtschaftlich zu realisierenden Formen des multimedialen Austausches stattfinden. Für den privaten Nutzer können diese beispielsweise Informations- und Transaktionsdienste wie Home Banking, Teleshopping oder Video on Demand sein.

Die bremische Initiative zur Förderung der Kommunikations- und Informationsinfrastruktur verstärkt mit der Einrichtung eines Förderschwerpunktes im Investitionssonderprogramm seine bisherigen Anstrengungen. Bereits jetzt sind auch die bisherigen Aktivitäten im Kommunikations- und Informationsbereich zahlreich und von Volumen und Thematik vergleichbar z. B. mit dem Konzept Bayern-Online. Projektbeispiele sind u. a.:

- Telematikplattform Bremen: Förderung der Einführung neuer Kommunikations- und Informationsanwendungen in den Unternehmen der Transportwirtschaft.
- Landesbreitbandnetz: In der Region Bremen ist im Frühjahr 1996 das erste Landesbreitbandnetz auf ATM-Basis in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb genommen worden. Damit wird eine wichtige Infrastruktur für Forschungsinstitutionen und Wirtschaftsunternehmen zur Entwicklung von Anwendungen im Bereich der Breitbandkommunikation bereitgestellt.

Mit Beschlußfassung der Wirtschaftsförderungsausschüsse am 24. April 1997 hat der Wirtschaftssenator im Rahmen des WAP bzw. ISP einen Schwerpunkt für das Landesbreitbandgesetz gebildet und für die Bezuschussung von Entwicklungs- und Qualifizierungsprojekten vor allem für die mittelständische Wirtschaft einen Mittelrahmen in Höhe von 11,5 Mio. DM für die Jahre 1997 bis 2001 bereitgestellt.

- Bremen Online (Netzwerk Stadtinformation Bremen): Ziel des Vorhabens ist die Bereitstellung von Informationen und Ereignisse in der Region Bremen für Bürger, Touristen und Unternehmen über unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten (Kioske, Online-Dienste und Internet) in einer Public-Private-Partnership. Der Internet-Betrieb wurde im November 1996 aufgenommen. Der Ausbau in Richtung Interaktionsmöglichkeiten für die Nutzer ist geplant und befindet sich zur Zeit in der Realisierungsphase.
- Teleradiologie: Telekommunikation wird in Zukunft eine erhebliche Rolle in der Medizin im allgemeinen und in der Radiologie im besonderen spielen. Durch die Teleradiologie ergeben sich verbesserte Möglichkeiten der Diagnostik und Behandlung der Patienten. An den zwei wichtigsten Faktoren, die einer sofortigen Einführung der Teleradiologie im Wege stehen, nämlich der voll digitalen Radiologie und der Vernetzung, wird in Bremen am MeVis (Zentrum für Medizinische Diagnosesysteme und Visualisierung an der Universität Bremen) gearbeitet und geforscht.
- Bangemann-Challenge: Bremen hat mit fünf Projekten an der Herausforderung der Stadt Stockholm im Telekommunikationsbereich teilgenommen:
 - Telematik Plattform Bremen (Telematikdienste für KMU)
 - Teleradiologie (Netze für Gesundheitswesen)
 - VAN (Luftverkehrskontrolle)
 - Stadtinformationssystem (Netze für öffentliche Verwaltungen)
 - Landesbreitbandnetz (Informations-Schnellstraßen für Städte)

Eines der bremischen Projekte, das VAN der Deutschen Flugsicherung, erhielt in seinem Themenfeld den ersten Preis. Bremen ist damit die einzige deutsche Stadt (weitere Teilnehmer: Berlin, Hamburg, Hannover), die einen Preis gewonnen hat.

- BRISE (Bremer Regionale Informationsgesellschafts-Strategie-Entwicklung): Im Rahmen des Projektes soll ein integriertes Gesamtkonzept (Strategie- und Aktionsplan) unter Berücksichtigung der Nutzeranforderungen für den Weg Bremens in die Informationsgesellschaft entwickelt werden. Ziel ist die Bündelung vorhandener regionaler Aktivitäten und die Nutzung der hieraus entstehenden Synergieeffekte sowie die Stärkung der Region auf Basis neuer Informationstechnologien.

Zur Zielerreichung werden die folgenden methodischen Ansätze angewandt:

- Durch die Bewertung der regionalen Chancen und die Erarbeitung eines Aktionsplanes mit Hilfe regionaler Partnerschaften soll die Zusammenarbeit der strategisch entscheidenden Akteure vor Ort, also Hersteller, Betreiber und Konsumenten gefördert werden.
- Durch die Vernetzung der Akteure sollen Mittel und Wege für eine aktive und dauerhafte Beteiligung der Privatwirtschaft geschaffen werden.
- Durch die Konzentration von Schlüsselanwendungen, die für die regionale Entwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidend sind, soll Bremen verfügbare technologische Ressourcen und finanzielle Mittel besser nutzen können.

Am 17. April 1997 hat sich der Lenkungsausschuß als leitendes Gremium des Projektes BRISE konstituiert. Im Lenkungsausschuß sind Repräsentanten der wichtigsten Akteure der Region Bremen vertreten (Landesregierung, Benutzergruppen, Diensteanbieter, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Handelskammer, Weiterbildungssträger, Wohlfahrtsverbände, Wissenschaft).

Die einzelnen im Lenkungsausschuß vertretenen Gruppen haben dabei unterschiedliche Interessenschwerpunkte und Ziele. Ziel von BRISE ist es, eine Konvergenz dieser unterschiedlichen Schwerpunkte zu erreichen. Die zu entwickelnde Grundorientierung einer regionalen Informationsgesellschafts-Strategie kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie auf einer breiten Akzeptanz beruht.

Eine endgültige inhaltliche und organisatorische Struktur bremischer Maßnahmen, insbesondere im Rahmen des ISP-Programms "Rückenwind für den Strukturwandel" wird auch auf der Basis der Erkenntnisse des BRISE-Projektes festgelegt werden.

Mit den eingeleiteten Maßnahmen braucht Bremen den Vergleich mit den Initiativen anderer Bundesländer nicht zu scheuen.

Zu Frage 3a)

Die free-net-Politik Bayerns bedeutet in erster Linie einen diskriminierungsfreien Zugang zum Bayernnetz, der für jedermann offen sein soll. Kostenfreiheit ist damit lediglich in der Pilotphase verbunden. Allerdings soll das Bayernnetz langfristig eine kostengünstige Alternative zu anderen öffentlichen Netzen (z. B. der Telekom) bieten.

Die Möglichkeit eines kostenfreien Zugangs zum Internet wurde auch in Bremen bereits geschaffen. Im Rahmen eines Projektes, das gemeinsam von der Stadtbibliothek Bremen und der Universität Bremen durchgeführt wird, können in drei Bibliotheken interessierte Bürger das Internet zur Informationsbeschaffung nutzen. Auf der Basis dieses Informationsangebotes werden gleichzeitig wichtige Fragen wie Akzeptanz, Betreuungsbedarf, Schulungsbedarf, Hemmschwellen, laufende Kosten etc. untersucht. Damit sollen wichtige Rahmenbedingungen für die Nutzung dieses Mediums geklärt werden, ohne die freie Zugänge die Gefahr nicht genutzter Investitionen beinhalten.

Darüber hinaus sind an verschiedenen öffentlichen Plätzen bzw. Einrichtungen kostenfreie Zugänge zu Bremen online — Stadtinformationssystem Bremen — geschaffen worden (Haus des Reichs, Rathaus, Bürgerhaus Weserterrassen, etc.).

Erst mit Erkenntnissen aus diesen und anderen Projekten (z. B. aus dem Bereich „Schulen ans Netz“ oder Erkenntnissen darüber, wie auch für ältere Menschen die Kommunikationstechniken anwenderfreundlich gestaltet und nutzbar gemacht werden können), sowie der Entwicklung einer Gesamtstrategie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken, wie sie das BRISE-Projekt liefert, kann die inhaltliche Struktur einer integrierten Gesamtförderung, insbesondere bei dem Programm „Rückenwind für den Strukturwandel“ festgelegt werden. Erst zu diesem Zeitpunkt kann damit die Frage nach einer Ausweitung freier Netzanschlüsse beantwortet werden.

Zu Frage 3b)

Unter Berücksichtigung der Antwort zu Frage 3a), daß in einigen Projekten erst die Voraussetzungen für die konkrete Beantwortung dieser Frage erarbeitet werden, können zu einzelnen öffentlichen Einrichtungen einige grundsätzliche Aussagen gemacht werden:

Bibliotheken:

In den USA gibt es im Rahmen der Al-Gore-Initiative Information-Super-Highway das Konzept, daß öffentliche Bibliotheken diejenigen Einrichtungen sind, die einen kostenlosen oder zumindest kostengünstigen/subventionierten Zugang zu den Datennetzen anbieten sollen. Sie werden als wichtige Elemente der gesamten nationalen Informationsinfrastruktur betrachtet.

In Deutschland gibt es in allen Bundesländern Bestrebungen der öffentlichen Bibliotheken genau diese Funktion deutlich zu machen, mit der Forderung „Bibliotheken ans Netz“. Bisher gibt es eindeutig positive politische Reaktionen in dieser Richtung in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Diese Bundesländer haben Maßnahmen für einen kostengünstigen Zugang der öffentlichen Bibliotheken zum Internet geschaffen, zum Teil sogar mit der Bereitstellung von Sondermitteln für die EDV-Ausstattung von Internet-Arbeitsplätzen. In Baden-Württemberg haben die

öffentlichen Bibliotheken einen kostenlosen Zugang zum landeseigenen Forschungsnetz BELWO. In Niedersachsen ist der Internet-Anschluß für die öffentlichen Bibliotheken ebenfalls über das landeseigene Forschungsnetz gegeben; außerdem finanziert das Land auch den Zugang und die Nutzung zum Norddeutschen Bibliotheksverbund als wichtiger Informationszentrale für die Bibliotheksarbeit.

Es ist notwendig, daß die öffentlichen Bibliotheken in bezug auf die Netzzugänge dieselben Vorteile und dieselbe Landesförderung nutzen können wie die wissenschaftlichen Bibliotheken, da auch sie einen Informationsauftrag haben.

Zum gegenwärtigen Sachstand des Zugangs zum Internet über die Stadtbibliothek siehe Antwort auf Frage 5.

Bürgerhäuser:

Grundsätzlich bieten sich die Bremer Bürgerhäuser als Standorte für ein bremenweites Stadtinformationssystem an. Die Einrichtungen verstehen sich als moderne Dienstleistungsbetriebe und arbeiten bereits heute kommunikativ und bürgerorientiert. Wenn Netzanschlüsse an das Internet und andere Informationssysteme geschaffen werden, sind die Bürgerhäuser in der Lage, den Bürgern und Bürgerinnen einen schnellen Zugang zu den neuen Möglichkeiten der Informationsgesellschaft zu verschaffen.

Bereits seit 1993 gibt es eine Kooperation zwischen dem Bürgerhaus Weserterrassen und dem Bremer Perspektiven Labor. Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wurde 1993 als Pilotprojekt im Bürgerhaus ein elektronisches Informationssystem installiert.

Dieses Bürgerinformationssystem bietet schnellen und unkomplizierten Zugang:

- zu Stadtteilinformationen (Stadtteilwegweiser),
- zu Beschlüssen des Beirates sowie stadtteilpolitischen Projekten und Vorhaben,
- zu Behördenwegweiser,
- zu Hinweisen auf örtliche und überörtliche Veranstaltungen.

Das System vermittelt ausschließlich Informationen, eine interaktive Beteiligungsmöglichkeit besteht zur Zeit nicht.

Jugendarbeit beim Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umwelt
— Bereich Jugend und Soziales:

Aus jugendpolitischer Sicht ausgesprochen wichtig ist, in Verhandlungen mit Netzbetreibern und Online-Anbietern zu erreichen, daß öffentliche Info-Terminals in Jugend-Informationsdiensten, bei Jugendringen, in Jugendeinrichtungen, aber auch in Stadtteilbibliotheken und Jugendherbergen zu günstigen Konditionen betrieben werden können.

Der Zugang zu Informationen ist eindeutig wichtig, wenn Jugendliche befähigt werden sollen, einen sinnvollen Beitrag in den Bereichen zu leisten, die sich auf ihr Leben auswirken. Auch die bremische Jugendförderung muß die entstehenden Informationsnetzwerke für Jugendliche zugänglich machen und die Entwicklung von Fähigkeiten zur eigenständigen Ermittlung, zur kritischen Hinterfragung und zur wirksamen Nutzung von Informationen fördern. Durch Kooperation mit Projekten wie „Schulen ans Netz“ und „Jugendinformation Bremen“ (Service Bureau, Jugendbildungsstätte Lidicehaus, Bremer Jugendring) können zudem vorhandene Geräte- und Netzwerkausstattungen von Schulen, Einrichtungen und Verbänden für den Stadtteil besser ausgenutzt werden. Organisatorische Hilfestellung kann im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport und dem Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz bereitgestellt werden.

Zum anderen gewinnt der Computer als Werk- und Denkzeug ständig an Bedeutung für pädagogische Fachkräfte. Jugendinformationdienste auf dem verfügbaren Stand der Technik zu betreiben, ist eine Chance für die Jugendarbeit, aktuell informiert zu bleiben, eigene personale Betreuungs- und Beratungsangebote jugendspezifisch auszubauen und sich für Kinder und Jugendliche als ernstzunehmender Dienstleister zu profilieren. Indem Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter

in den Jugendverbänden und -einrichtungen selbst die Dienste der Jugendinformation nutzen und sie beispielsweise auf der Suche nach Kontaktpartnern oder Drittmittelgebern für „ihre“ Jugendlichen erschließen, gewinnen sie letztlich Ressourcen für die unmittelbare Beziehungsarbeit.

Seniorenarbeit beim Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umwelt -Bereich Jugend und Soziales:

Im Bereich der 38 Begegnungsstätten für Senioren in Bremen finden im einzelnen PC-Kurse für Senioren statt, die von insbesondere jüngeren Senioren sehr positiv aufgenommen werden und sehr gefragt sind. Einzelne Mitarbeiter haben sich auf die Vermittlung von technischen Sachverhalten an ältere Menschen spezialisiert. Ein Versuch mit einer Internet-Anbindung in einer der zur Verwaltung gehörenden zwei Begegnungsstätten würde bei den Senioren sicherlich auf großes Interesse stoßen.

Zu Frage 4)

Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten hat zwei Gutachten in Auftrag gegeben:

1. Axon Technologie Consult GmbH

Grundlagen für den Weg Bremens in die Informationsgesellschaft/Vorschläge für Maßnahmen und Leitprojekte

Termin: ca. Mai 1997

2. Falldorf & Co. GmbH

Analyse zum Einsatz von heterogenen Multi Media-Kiosken in Bremen

Termin: ca. August 1997

Der Senator für Häfen, überregionaler Verkehr und Außenhandel führt — aus EU-Mitteln des Programmes zur Einführung der Informationsgesellschaft gefördert — das Projekt BRISE durch, das innerhalb von 18 Monaten einen Strategie- und Aktionsplan für Bremens Weg in die Informationsgesellschaft erstellen soll.

Zu Frage 5)

In Bremen betreibt die Bremer Kommunikationstechnik — Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen — das bremische Behördenfernmeldenetz, an das die Einrichtungen und Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen angeschlossen sind. Über dieses Netz wird u. a. die interne Sprach- und Datenkommunikation der bremischen Verwaltung realisiert. Außerdem betreibt die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch die Bremer Kommunikationstechnik, das Landesbreitbandnetz, an das in Bremen und Bremerhaven über 20 Standorte angeschlossen sind. Dieses Netz dient als Experimentalnetz für Forschung, Entwicklung und Qualifikation zur Vernetzung der Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und ihrer Kooperationspartner in Bremen und Bremerhaven. Das Landesbreitbandnetz basiert auf Glasfaserstrecken, die von der Bremer Kommunikationstechnik, der Communications Netmanagement Bremen GmbH (CNB), der Deutschen Telekom AG und der Überlandwerke Nord-Hannover AG bereitgestellt werden. Neben diesen beiden Netzen bestehen selbstverständlich weitere kommerzielle Angebote wie das der Communications Netmanagement Bremen GmbH und der Deutschen Telekom AG.

Das bremische Behördenfernmeldenetz und das Landesbreitbandnetz Bremen sind über einen zusammen mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polar und Meeresforschung genutzten Gemeinschaftsanschluß des Vereins zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes e. V. mit einer Übertragungsrate von 34 Mbit/s an das Breitband-Wissenschaftsnetz und damit an das Internet angeschlossen. Dieser Anschluß ermöglicht den Wissenschaftseinrichtungen und den Behörden einschließlich der Volkshochschule, Stadtbibliothek und der Schulen einen Zugang zum Internet.

Im Rahmen des Projektes „Landesbreitbandnetz Bremen-Bremerhaven“ verfügt die Stadtbibliothek Bremen bis 1998 über einen kostenfreien Internetzugang. Sie nutzt ihn zur Zeit für verschiedene Arbeiten:

- für die Bearbeitung des BMBF-geförderten Forschungsprojektes (zusammen mit der Universität) BINE (Bibliothek + Internet = Information + Erschließung), das spezifische bibliothekarische Funktionen bei der Internet-Nutzung untersucht,
- für Auskunftstätigkeit in der Zentralbibliothek,
- als offener, kostengünstiger öffentlicher Internet-Zugang in der Zentralbibliothek an einem Arbeitsplatz,
- für bibliotheksinterne Aufgaben.

Zu Frage 6)

Dem Senat ist eine Initiative „Schulen ans Internet“ nicht bekannt. Er geht davon aus, daß die Bundesinitiative „Schulen ans Netz“ gemeint ist. Die folgenden Antworten beziehen sich auf diese Bundesinitiative.

Der Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport hat bereits im Dezember 1995 über den Bundesarbeitskreis „Netze in Schulen“ Kenntnis über eine derartige Bundesinitiative erhalten.

In die schon damals beginnenden Planungen zum Aufbau eines „Landesweiten integrierten Netzwerk und Datenverbundes“ (LINDA) im Rahmen von „Bremen online“ wurden die zu erwartenden konkreten Auswirkungen der Bundesinitiative eingepaßt. Dabei war von Anfang an klar, daß auch dem Bund nur ein begrenztes Budget zur Verfügung stehen würde und der Gesamterfolg wesentlich von der Beteiligung der jeweiligen Bundesländer abhängen wird. Im übrigen ist die Bundesinitiative nach wie vor im erheblichen Maß vom „good will“ privater Sponsoren abhängig.

Neben dieser sehr finanz- und dv-technischen Planung wurde die — angesichts der sich abzeichnenden engen Haushaltssituation im Lehr- und Lernmittelbereich der Schulen zurückgestellte — mediendidaktische und -pädagogische Konzeption und Diskussion intensiviert. Das erarbeitete pädagogische Feinkonzept befindet sich z. Z. in der abschließenden Abstimmung.

Für das Bildungswesen — nicht nur in Bremen — stellt sich die Aufgabe, angesichts der wachsenden Bedeutung der mit den Schlagworten Multimedia und Telekommunikation verknüpften zusätzlichen neuen Schlüsseltechnologien, die Jugendlichen mit diesen Technologien vertraut zu machen und sie auf ein (Berufs-)Leben in einer Informationsgesellschaft vorzubereiten. Daß hierzu bereits in den letzten Jahren an den bremischen Schulen sehr viel getan wurde, wird dadurch deutlich, daß eine flächendeckende Ausstattung sowohl in Sekundarstufe I und II vorhanden ist. Darüber hinaus wurde durch einen Modellversuch der Computereinsatz in der Grundschule untersucht.

Auch auf die Anfang der 90er Jahre für alle Schüler verpflichtend eingeführte informationstechnische Grundbildung muß in diesem Zusammenhang hingewiesen werden. Durch die neuen Medien kommt nun eine neue, zusätzliche Anforderung sowohl in technischer Hinsicht als auch in didaktischer und methodischer Hinsicht auf unsere Schulen zu.

Der Senat hat mit dem Bremer Landesbreitbandnetz eine Plattform geschaffen, die multimediale Anwendungen auch für den Bildungsbereich eröffnet. Durch die rechtzeitige Einplanung der Bundesinitiative in diese landesspezifischen Planungen können bereits jetzt die Jugendlichen mit dieser Schlüsseltechnologie vertraut gemacht werden.

Zu Frage 6a)

Die Diskussion in der KMK wird im wesentlichen geprägt durch den Eingriff in die Kulturhoheit der Länder.

Unbestritten sind die Unterschiede technischer und materieller Ausstattung gegenüber den USA, Japan und Korea.

Der Bildungssenator hat im Rahmen des LINDA-Projektes mit Hilfe des Zentrums für Netze (Universität Bremen) allen Schulen des Sekundarbereiches I und II einen Zugang zum Internet eröffnet. Dies war nur möglich, weil im Rahmen von Bremenonline eine Finanzierung der Lizenzgebühren für die Nutzung DFN-Netzes erfolgt ist.

Zu Frage 6b)

Im Rahmen der Bundesinitiative sind 93 öffentliche und private Schulen des Sekundarbereiches I und II an das Netz der TELEKOM angeschlossen worden. Zusammen mit den bereits mit dem Internet arbeitenden Schulen entspricht dies einer 100 % Ausstattung für die genannten Bereiche. Damit wurde sichergestellt, daß keine Schule hinsichtlich der Möglichkeiten benachteiligt wird.

Die Anzahl der in den Schulen vorhandenen PC kann nicht angegeben werden, da kein zentrales Inventarverzeichnis im Bundesland Bremen geführt wird. In der Regel besitzt jede Schule des Sekundarbereiches I ein Computerlabor mit zehn bis zwölf PC-Arbeitsplätzen. Zunehmend statten sich Schulen mit einem zweiten Labor aus. Bei den Schulen des Sekundarbereiches II schwankt je nach Fachrichtung und Schulart die Anzahl zwischen zehn bis 120 Arbeitsplätzen.

Zu Frage 6c)

Für die Begleitung der Umsetzung des LINDA-Projektes einschließlich der pädagogischen Betreuung der technischen Infrastruktur wird ein Personalaufwand von zehn Stellen erforderlich sein. Zusätzlich wird – vermittelt über die Qualifikation durch die Lehrerfortbildung – im Prinzip jeder Lehrer im Rahmen seines Faches über mediendidaktische Kompetenz verfügen müssen, um eine angemessene und umfassende informationstechnische Bildung zu vermitteln.



